

Solga, Heike

Article — Digitized Version

"Systemloyalität" als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR

Berliner Journal für Soziologie

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Solga, Heike (1994) : "Systemloyalität" als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR, Berliner Journal für Soziologie, ISSN 1862-2593, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 4, Iss. 4, pp. 523-542

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112480>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Heike Solga

„Systemloyalität“ als Bedingung sozialer Mobilität im Staatssozialismus, am Beispiel der DDR*

Der Zusammenhang zwischen loyalem Verhalten und Mobilität in staatssozialistischen Gesellschaften wird häufig konstatiert. Der Artikel versucht, diese Diskussion einer empirischen Analyse zugänglich zu machen. Am Beispiel der DDR wird gezeigt, inwieweit loyales Verhalten und Herkunft Berufskarrieren in die privilegierten Positionen der staatssozialistischen Gesellschaft determinierten. Als Datenbasis dienen 2323 Interviews mit Frauen und Männern aus vier Geburtskohorten der DDR, die 1991/92 im Rahmen des Projekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“ am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung erhoben wurden. Die Analyse bestätigt, daß von einer „Politisierung“ der Berufskarrieren in die Dienstklassen des SED-Regimes für die gesamte Zeit des Bestehens der DDR auszugehen ist. Der Zusammenhang von Herkunft, Systemloyalität und Mobilitätschancen unterlag jedoch historischen Veränderungen. Während „Systemloyalität“ in der älteren Generation eher kompensatorische Funktionen für schlechtere Herkunftsressourcen hatte, wurde in der jüngeren Generation eine Bündelung von Systemloyalität und privilegierten Herkunftsressourcen notwendig, um den Zugang in die Dienstklassen realisieren zu können.

1. Einleitung

Aus der Literatur sind zahlreiche Beispiele bekannt, in denen der Zusammenhang zwischen Systemloyalität und Mobilität in staatssozialistischen Gesellschaften reflektiert wird (z. B. Engler 1992; Henrich 1989; Voslensky 1980, Wesolowski/Mach 1985). Ziel des Beitrages ist es, diese Diskussion aufzugreifen und einer empirischen Analyse zugänglich zu machen. Daraus resultieren mindestens zwei Problemstellungen: Zum einen gilt es, ein Modell zu entwickeln, mit dem Mobilitätsprozesse in staatssozialistischen Gesellschaften adäquat abgebildet werden können. Zum anderen ist es notwendig, eine geeignete Operationalisierung für „Loyalität“ sowie Analysestrategien zu finden, die es erlauben, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Loyalität in den intergenerationalen Mobili-

tätsmustern dieser Gesellschaften aufzuzeigen. Mit anderen Worten: Inwieweit hat „Systemloyalität“ neben „sozialer Herkunft“ die intergenerationalen Mobilitätsprozesse in den sozialistischen Ländern determiniert?

Die empirische Analyse dieser Fragestellung wird sich aufgrund des Zugangs zu geeignetem Datenmaterial auf die DDR beschränken. In ersten Vergleichsanalysen¹ wurde jedoch deutlich, daß gleiche Phänomene, wie sie für die DDR gezeigt werden können, mit ähnlichem Ausmaß auch für die Mobilitätsprozesse in Polen zugetroffen haben.

Als Datenbasis dienen 2323 mündliche Interviews mit Männern und Frauen aus vier Geburtskohorten (1929 – 31, 1939 – 41, 1951 – 53, 1959 – 61) der DDR, die zwischen September 1991 und September 1992 von Infas durchgeführt wurden. Diese Daten wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemali-

* Ich danke Johannes Huinink, Karl Ulrich Mayer, Annemette Sørensen, Sabine Schenk und Heike Trappe für ihre kritischen Kommentare im Prozeß der Entstehung dieses Beitrages.

gen DDR“ (unter Leitung von Johannes Hui-nink und Karl Ulrich Mayer) am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin erhoben. Sie ermöglichen eine detaillierte Rekonstruktion der Lebensverläufe der Befragten, da die Ausbildungs-, Berufs- und Familienverläufe als kontinuierliche Ereignisgeschichten (Monat für Monat) abgefragt wurden. Da neben diesen Verläufen auch Angaben über die institutionelle Einbindung in Organisationen sowie deren zeitliche Terminierung und ihre konkrete Form erhoben wurden, kann dieses Material auch dem hier zu behandelnden Problem gerecht werden.

2. Definition der Klassenlagen im Kontext der Entwicklung der DDR

Die Verortung der sozialen Positionen in der DDR-Gesellschaft wird aus den *staatssozialistischen Eigentumsverhältnissen* und dem daraus resultierenden *Grundwiderspruch dieser Gesellschaften* abgeleitet. Letzterer besteht im Widerspruch zwischen dem gesetzlich fixierten Volkseigentum einerseits und der tatsächlichen Verfügungsgewalt über die verstaatlichten Produktionsmittel durch eine exklusive Gruppe, bestehend aus denjenigen, die den Staat personifizierten, andererseits (Djilas 1957: 65 – 66). In diesem Sinne stellte „das juristisch-fixierte Volkseigentum nur ein formales rechtliches Verhältnis dar, das keine konkreten individuellen Verfügungsrechte begründete.“ Die tatsächlichen Verfügungsrechte besaß „eine politisch weisungsberechtigte Klasse, die im Namen der Gesellschaft faktisch über die Volkswirtschaft verfügt und die Subsistenzmittel unter die einzelnen Gruppen verteilt hat“ (Kronrod, zit. in Ahlberg, 1981: 970). Die Eigentümerprivilegien dieser Klasse manifestierten sich demnach in dem exklusiven Recht, über die Verteilung des National Einkommens, die Höhe der Löhne, die wirtschaftliche Entwicklung und schließlich über die Verwendung des staatlichen und sonstigen Eigentums entscheiden zu können (Voslensky 1980: 44 – 45). Das heißt, die ursprünglich nur politisch definierte Klasse findet über ihre politische Monopolstellung Zugang zu einer

exklusiven ökonomischen Position, die des kollektiven Eigentümers der verstaatlichten Produktionsmittel. Aufgrund dieser Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gelingt es ihr, den Zugang zu den Dienstleistungen und Gütern dieser Gesellschaft *klassenspezifisch* zu definieren. Und zwar so, daß ihren Mitgliedern ein privilegierter Teil zukam, an dem sie ihre Dienstklassen partiell teilhaben ließen. Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Formationen gelangte die Ausbeuterklasse im Realsozialismus *nicht durch die Erlangung von Besitz zu Macht*, sondern durch die *Ergreifung der staatlichen Macht zu Besitz*. Da es sich beim „staatlichen Eigentum“ jedoch um kollektive und nicht um konkret individuelle Verfügungsrechte über die Produktionsmittel handelte, erfolgte der Zugang zur herrschenden Klasse nur über politische Karrieren und nicht über das Erbrecht. Hinsichtlich der Weitergabe der Vorteile von einer Generation auf die nachfolgende bedeutete dies, daß die Eltern ihren Kinder vor allem auch „politische Karrieren“ eröffnen mußten, wenn sie für diese den Zugang zu den exponierten Positionen in dieser Gesellschaft anstrebten. Nicht *Vererbung von Besitz*, sondern *Vererbung von Bildung und „Systemloyalität“* war die Konsequenz, der (wie für die DDR gezeigt werden kann) Folge geleistet wurde.

Folgt man diesen Überlegungen, d. h. von der Relevanz der Eigentumsverhältnisse für die Strukturierung staatssozialistischer Gesellschaften auszugehen, dann impliziert dies, diese Gesellschaft als *Klassengesellschaft* zu begreifen.²

Aufgrund der Tatsache, daß „Ausbeutung“ im Realsozialismus jedoch eher ein politisches als ein ökonomisches Phänomen verkörperte, da hier die politische Verfügungsgewalt die Entscheidungsmacht über den Produktions- und Distributionsprozeß legitimierte, gilt es zusätzlich bzw. *insbesondere* dem Moment der politischen Dimensionierung der Eigentumsverhältnisse gerecht zu werden. Welche Dimensionen der Eigentumsverhältnisse lassen sich für die realsozialistischen Gesellschaften ausmachen? Definiert man diese, wie Wright (1980) und Szonja Szelenyi (1988), als *strategische Ressourcen*, um eigene Handlungsspielräume eröffnen bzw. die anderer begrenzen und kontrollieren zu

können, dann lassen sich drei Dimensionen konstatieren: 1. die politische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, 2. die ökonomische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und 3. die technokratische Verfügungsgewalt (durch die es gelingt, aufgrund von exklusivem Wissen oder von organisatorischen Befugnissen, sich einen privilegierten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum anzueignen).

Die unterschiedlichen Eigentumsformen der staatssozialistischen Gesellschaften eröffneten in jeweils spezifischer Weise den vollständigen oder partiellen Zugang zu all diesen oder nur bestimmten Verfügungsgewalten. Insofern ermöglichte der Besitz einer bestimmten Eigentumsform seinen Eigentümern den Zugang zu entsprechenden Ressourcen und schloß andere Gruppen gleichzeitig davon aus.

Die Gleichzeitigkeit sich neu etablierender, überlebender und absterbender Produktionsweisen im Realsozialismus beachtend, stellt

sich nun die Frage: Welche Eigentumsverhältnisse existierten in der DDR-Gesellschaft und welche Klassenlagen konstituierten diese?

Die sozialistische Warenproduktion verkörperte die dominierende Produktionsweise der DDR-Gesellschaft. Dieser Produktionsweise politisch untergeordnet, waren die zu den verschiedenen Zeiten der DDR bestehenden Formen der einfachen und kapitalistischen Warenproduktion. Diese politische Unterordnung bedeutete zugleich ihre wirtschaftliche Marginalisierung, in dem die für ihre Existenz entscheidenden Reproduktionsmechanismen (wie Markt, Konkurrenz, politische Lobby-Bildung) abgeschafft oder drastisch beschnitten wurden. Damit ergab sich für die Strukturierung der DDR-Gesellschaft ein *Nebeneinander von staatlichem, genossenschaftlichem und privatem Eigentum unter Dominanz des staatlichen Eigentums*. Dementsprechend lassen sich für die DDR-Gesellschaft *reine sowie widersprüchliche Klassenlagen*³ konstatieren (siehe Abbildung 1):

Abb. 1: Die Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft

Dominierende Produktionsweise		Untergeordnete Produktionsweisen	
Sozialistische Warenproduktion		Einfache Warenproduktion	Kapitalistische Warenproduktion
Staatliches Eigentum	Genossenschaftliches Eigentum (ab 1952)	Kleines Privat-Eigentum	„Staatlich-verwaltetes“ Privat-Eigentum (bis 1972)
Parteielite			
Administrative Dienstklasse			Betriebseigentümer (ab 1956 zunehmend halbstaatlich)
Operative Dienstklasse	Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums	Selbständige	Bürgerliche Dienstklasse
	PGH-Handwerksmeister	Selbständige Kleinbauern (bis ca. 1960)	
Sozialistische Arbeiterklasse	Genossenschaftsbauern		

Legende: Reine Klassenlagen
Widersprüchliche Klassenlagen

2.1 Die Klassenlagen des staatlichen Eigentums

Parteielite als herrschende Klasse:

Zu ihr zählten nur die Mitglieder des Parteiapparates im engeren Sinne (die Sekretäre, Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die Leiter der Abteilungen des Zentralkomitees, die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen sowie die Mitglieder der obersten Führungsgremien der parteiabhängigen Organisationen). Nur sie machten die politische und damit die für gesellschaftsstrategische Entscheidungen relevante Ebene des Planungssystems aus.⁴

Administrative Dienstklasse des staatssozialistischen Planungssystems:

Im Gegensatz zur Parteielite hatten die Organe des Staats- und Wirtschaftsapparates und deren Angehörige in der Realität nur die „Aufgabe des Nachbeschließens von Beschlüssen, die im Politbüro, im Sekretariat des ZK oder in anderen Parteigremien gefaßt worden waren“ (Modrow 1991: 30). Aufgrund der Delegation von Verantwortung seitens der Partei könnten sie so einerseits an der ökonomischen Verfügungsgewalt der Parteielite partizipieren. Andererseits waren sie genauso wie die Privateigentümer an Produktionsmitteln von den wesentlichen wirtschaftsstrategischen Entscheidungen ausgeschlossen. Personell setzte sich diese Klasse aus den Nomenklaturkadern der administrativen Ebene des Planungssystems zusammen. Dazu gehörte die Volkskammer, der Staatsrat, der Ministerrat, die Staatliche Plankommission, die Kombinateleitungen, das Militär sowie die oberen Führungsgremien der Partei und Massenorganisationen, soweit sie nicht zur Parteielite gehörten, und ferner die Führungsebenen der wissenschaftlichen Institute der SED und der Akademien der Wissenschaften.

Operative Dienstklasse des staatssozialistischen Planungssystems:

In dieser Klassenlage befanden sich alle Kader der mittleren Führungsebene sowie die Angestellten mit hochqualifizierten Tätigkeiten. Ihnen gelang es, aufgrund ihrer Positionen in der Leitungshierarchie (organisatori-

sche Verfügungsgewalt) oder durch die Möglichkeit der „Vermarktung“ ihrer besonderen Qualifikation (Expertenwissen und Professionalität) an der technokratischen Verfügungsgewalt der Parteielite teilzuhaben. Andererseits waren sie wie die Angehörigen der sozialistischen Arbeiterklasse von politischer und ökonomischer Verfügungsgewalt ausgeschlossen.

Sozialistische Arbeiterklasse:

Sie stellt die eigentlich „ausgebeutete Klasse“ dar, da ihre Angehörigen über keine der strategischen Ressourcen verfügten, d. h., von allen drei Verfügungsgewalten ausgeschlossen waren. In dieser Lage befanden sich damit sowohl die Facharbeiter und qualifizierten Angestellten als auch die Arbeiter und Angestellten mit un- bzw. angelernten Tätigkeiten. Ihr einziges Recht (und ihre zugleich unabdingbare Pflicht) bestand darin, die Produktionsmittel durch ihre Arbeit zu nutzen, für die ihnen eine Vergütung entsprechend der erbrachten Leistung zustand. Sie besaßen keinerlei Rechte, über die Verwendung des von ihnen produzierten Reichtums bzw. des betrieblichen Bruttoeinkommens entscheiden zu können. Ihre *Ausbeutung* implizierte jedoch nicht a priori ihre „Verelendung“. Vielmehr war die Parteielite aufgrund ihrer notwendigen Selbstlegitimation (d. h., der ideologischen Legitimation des staatlichen Eigentums als gesellschaftliches Eigentum) zu einem „v. a. volkswirtschaftlich riskanten Balanceakt zwischen ihren gesellschaftlichen Zielen und einer möglichst permanenten Befriedigung der Arbeiterschaft, gewissermaßen zu einem sozial gesteuerten Burgfrieden gezwungen“ (Hübner 1993: 15 – 16). Die Ausbeuter traten hier sozusagen als „treuhänderische Sachverwalter“ der Interessen und der Wohlfahrt der Ausgebeuteten auf. Aufgrund der starken Monopolisierungstendenzen von politischer, ökonomischer und technokratischer Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel war der Kreis derjenigen, die von jeglicher Verfügungsgewalt ausgeschlossen waren, eine breite Gruppe der Bevölkerung. Trotz der daraus resultierenden internen Heterogenität der Arbeiterklasse hinsichtlich der qualifikatorischen Ausstattung und der Arbeitsinhalte, war ihre Klassenlage im Verhältnis zu den anderen Klassen homogen.

2.2 Die Klassenlagen des genossenschaftlichen Eigentums als Sonderform der sozialistischen Warenproduktion

Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums:

Die LPG- und PHG-Vorsitzenden partizipierten aufgrund ihres Eingebundenseins in den zentralen Planungsprozeß an der technokratischen Verfügungsgewalt der Partielite. Gleichzeitig verfolgten sie aufgrund ihrer Teilhabe am genossenschaftlichen Eigentum auch die spezifischen Interessen der Genossenschaftsbauern bzw. der PGH-Handwerksmeister.

Genossenschaftsbauern:

Die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) war seit Beginn der sechziger Jahre die dominante Organisationsform in der landwirtschaftlichen Produktion der DDR. Laut Untersuchungen von DDR-Soziologen „setzten sich die Mitglieder der LPG [1960] ihrer sozialen Herkunft nach aus 65,9 Prozent ehemaligen Klein- und Mittelbauern [zum Großteil Neubauern], 5,1 Prozent ehemaligen Industriearbeitern, 16,7 Prozent ehemaligen Landarbeitern und 5,3 Prozent ehemaligen Großbauern zusammen“ (*Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie* 1983: 332). Die Genossenschaften waren die Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel sowie der aus der genossenschaftlichen Nutzung des Bodens und der Viehwirtschaft erzielten Ergebnisse. Das von den Genossenschaftsbauern eingebrachte Land blieb auch während der DDR-Zeit rein formal ihr persönliches Eigentum. Damit verblieb ihnen ein Teil der ökonomischen Eigentumsrechte – die jedoch durch staatliche Regulierungsmechanismen stark eingeschränkt wurden.⁵

PGH-Handwerksmeister:

Eine weitere Form des genossenschaftlichen Eigentums stellten die in der DDR seit den fünfziger Jahren entstandenen Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) dar. Bis 1957 noch vollkommen marginal, nahm die Bedeutung des genossenschaftlich organisierten Handwerks von 1958 – 60 stark zu (Mitzscherling et al. 1971: 156). Ursache da-

für war u. a. die 1958 eingeführte progressive Gewinnsteuer für Handwerksbetriebe mit mehr als drei Mitarbeitern sowie eine bevorzugte Waren- und Materialzuteilung für Genossenschaften. Die PGH-Handwerksmeister produzierten bzw. arbeiteten größtenteils unmittelbar mit den von ihnen eingebrachten Produktionsmitteln, so daß ihnen Reste der ökonomischen und technokratischen Verfügungsgewalt über ihre (eigenen) Produktionsmittel verblieb.

Für die genossenschaftlichen Klassenlagen ist insbesondere interessant, daß mit der Umwandlung der selbständigen Bauern und Handwerker zu Genossenschaften *kollektive* Mobilitätsprozesse stattfanden, die keinerlei Aktivität – im Sinne eines aktiven Arbeitsplatz- oder Ortswechsel sowie einer Veränderung des Arbeitsinhaltes – verlangten.

2.3 Die Klassenlagen der einfachen Warenproduktion

Selbständige Klein- und Mittelbauern:

Dazu zählten alle selbständigen Bauern mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche, deren Größe eine eigene Mitarbeit notwendig machte. Diese Landwirtschaften entstanden größtenteils im Ergebnis der „Demokratischen Bodenreform“ in der Sowjetischen Besatzungszone – mit anderen Worten, durch politische Macht. Mit dem Übergang zum genossenschaftlichen Eigentum – wiederum durch einen primär politischen Prozeß – erfolgte die nahezu vollständige Beseitigung des bäuerlichen Privateigentums und endete die Existenz dieser Klasse in der DDR.⁶

Selbständige Handwerker und Gewerbetreibende:

Der Anteil des privaten Sektors im Handwerk und in einigen Spezialbereichen des Handels wurde im Verlauf der Entwicklung der DDR drastisch reduziert. Seine Größe schrumpfte von 28,3 % 1946 auf 2,1 % Ende der achtziger Jahre zusammen. Um ihre marginale Rolle auch hinsichtlich des möglichen Produktionsvolumens zu verfestigen, wurde hier die maximale Mitarbeiterzahl auf 10 Beschäftigte begrenzt. Bei aller Marginalität schien ihre historische Perspektive jedoch auch in der DDR gesichert zu sein. Aufgrund von Versorgungs-

engpässen im Reparaturhandwerk sowie hinsichtlich anderer Dienstleistungen für den Bevölkerungsbedarf erfuhren sie seit Beginn der achtziger Jahre seitens der Partei erneute Aufmerksamkeit und wurden „zum (positiven) Allheilmittel sozialer und wirtschaftlicher Defizite hochstilisiert“ (Bögenhold 1992: 261).

2.4 Die Klassenlagen der Reste der kapitalistischen Warenproduktion

Betriebseigentümer/Großgrundbesitzer:

Durch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 eingeleitet, kam es in der Sowjetischen Besatzungszone im Ergebnis des Volksentscheids in Sachsen 1946 zur entschädigungslosen Enteignung der am II. Weltkrieg mitschuldigen Betriebseigentümer, Großgrundbesitzer, Nazi- und Kriegsverbrecher. In der Industrie betraf dies ca. 4000 Betriebe. Diese Betriebe wurden, sofern sie nicht Reparationszwecken dienten, vollständig in staatliches Eigentum umgewandelt. Viele Betriebseigentümer entzogen sich diesem Druck durch die Flucht nach Westdeutschland. Ihr Eigentum ging automatisch in Staatseigentum über. Andere „wählten“ seit 1956 die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft mit Beteiligung des Staates („halbstaatliche Betriebe“), in denen sie als Mit-Eigentümer und Geschäftsführer verblieben. Damit verblieb ihnen für die Zeit ihrer Existenz ein Teil der ökonomischen und technokratischen Verfügungsgewalt – und zwar aufgrund der Größe ihres Besitzes in weit größerem Umfang als den kleinen selbständigen Handwerkern. 1972 kam es auf Beschluß der 4. Tagung des ZK der SED zu einer Umwandlung dieser Betriebe in staatliches Eigentum – durch Auszahlung der privaten Anteile oder den Kauf dieser Betriebe. Die Überführung aller privaten und halbstaatlichen Industriebetriebe in staatliches Eigentum (1972) sowie der „Beitritt“ der noch existierenden Großgrundbesitzer in die LPG beendete die Existenz dieser Klasse. Damit waren Industrie und Landwirtschaft nahezu vollständig entprivatisiert.

Die „alte“ bürgerliche Dienstklasse:

Wenn dieser Klassenlage, bestehend aus langjährigen *Beamten* im gehobenen und höheren Dienst, „bürgerlichen“ Wissenschaftlern (sol-

che, die bereits vor 1945 in exponierten Stellungen waren) sowie Angestellten der oberen Leitungsebene der noch vorhandenen Privatbetriebe, überhaupt ein Platz in der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft zugewiesen werden kann, dann ist dieser v. a. durch seine kurze zeitliche Existenz gekennzeichnet. Dies war insbesondere das Resultat politisch legitimer Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in der Sowjetischen Besatzungszone. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang die Abschaffung des Beamtenums sowie die Entnazifizierung in den Bereichen von Wirtschaft und Wissenschaft. Für einen beachtlichen Teil der früheren Lehrer, Juristen, Betriebsleiter und Staatsbeamten war diese Umwälzung mit einschneidenden sozialen Abstiegen verbunden. Ein bedeutender Teil dieser bürgerlichen Dienstklasse wählte aus Gründen der politischen Verfolgung oder der Verschlechterung ihrer beruflichen Chancen und ihrer sozialen Stellung den Weg nach Westdeutschland. Andere vermochten es, durch loyales Verhalten einen neuen – sozial gleichwertigen – Platz in der administrativen oder operativen Dienstklasse des sozialistischen Planungssystems zu finden. Von entscheidender Bedeutung ist diese Klassenlage unter anderem auch im Hinblick auf die Lebenschancen derjenigen, die in der DDR ihren beruflichen Werdegang begonnen haben, d. h., für die Kinder aus der bürgerlichen Dienstklasse. Demzufolge spielte sie als Herkunftskriterium eine entscheidende Rolle für die Lebenschancen der nachfolgenden Generation.

3. „Systemloyalität“ in staatssozialistischen Gesellschaften und ihr Einfluß auf soziale Mobilität

Wie die Darstellung der Eigentumsverhältnisse staatssozialistischer Gesellschaften gezeigt hat, ist ein besonderes Merkmal dieser Gesellschaften v. a. ihre „politische Dimensionierung“. Diesen Sachverhalt reflektierend, beschreiben die ungarischen Soziologen Konrad und Szelenyi die strukturellen Verhältnisse dieser Gesellschaft folgendermaßen:

„1. The state had a monopoly in the economy; 2. the social structure of these societies can be characterized by a single hierarchy, which operates as a single bureaucratic rank-order – regulated by two criteria: political loyalty and educational credentials; 3. one party had the political monopoly“ (1991: 339).

Die *Parteiherrschaft* monopolisierte alle politischen, ökonomischen, rechtlichen und sonstigen gesellschaftlichen Ressourcen, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen, und baute dementsprechend außerpolitische und unabhängige Institutionen und Regelungsmechanismen ab (Meuschel 1993: 5). Wenn also politische Vorgaben sowie ihre Durchsetzung von so entscheidender Bedeutung für diese Gesellschaften waren, dann war „machtkonformes“ und nicht „machtkritisches“ Verhalten von den Gesellschaftsmitgliedern in besonderer Weise gefordert. Menschen, die ein derartiges Verhalten in diesen Gesellschaften zeigten und dies sogar „öffentlich“ manifestierten, sollten daher besondere Belohnungen zuteil geworden sein – in Form der Gewährung von Vorteilen und Privilegien, z. B. beim Zugang zu begehrten Positionen dieser Gesellschaft. Dafür sprechen (mindestens) zwei Gründe. Zum einen diente es der Legitimation des Führungsanspruches der Partei (Partei „im Dienste des Volkes“ zu sein). Zum anderen stellte Parteimitgliedschaft bzw. die Ausübung von Funktionen einen wirksamen Mechanismus sozialer Kontrolle dar – da Mitgliedschaft zu Disziplin verpflichtet und ein entsprechendes, regeln-einhaltendes Verhalten abverlangte. Sei es auch nur als eine rein äußerliche Anpassung gedacht gewesen, so konnte man doch jederzeit „beim Wort genommen“ werden (Engler 1992).

Daraus läßt sich eine erste These ableiten, die sowohl mit dem Aspekt der „Belohnung“ als auch mit dem der „besseren Berechen- und Kontrollierbarkeit“ begründet werden kann:

These 1: Berufskarrieren, die den Zugang zu den Dienstklassen ermöglichten, waren auch an loyales Verhalten gegenüber dem staatssozialistischen Regime gebunden.

Zwei Prozesse sprechen ferner für einen *zunehmenden* Einfluß von „Systemloyalität“ auf die Karrierechancen in der Geschichte der staatssozialistischen Gesellschaften. Neben der steigenden Konkurrenz um die immer we-

niger werdenden vakanten exponierten Positionen verstärkte auch die Etablierung des Herrschaftssystems selbst die Bedeutung von Systemloyalität für die Mobilitätsprozesse und -muster. In seiner Konsolidierungsphase gelang es immer umfassender, nun auch die Institutionen, die im Zusammenhang mit beruflicher und sozialer Mobilität standen (wie z. B. das Bildungs- und Ausbildungssystem, die staatliche Arbeitskräftelenkung, über die Wirtschaftsstrategie die Berufsstruktur u.ä.), und deren Allokationsmechanismen zu kontrollieren. In beiden Fällen, sowohl hinsichtlich der zunehmenden Konkurrenz als auch der zunehmenden Kontrolle der Mobilitätskanäle, avancierte „Systemloyalität“ – und vor allem wenn sie „öffentlich bekundet“ wurde – zu einem *notwendigen Selektionsmerkmal* (Engler 1992: 91 f.).

Als Schlußfolgerung dieser Überlegungen und Erfahrungen läßt sich eine zweite These formulieren, die bezugnehmend auf den historisch spezifischen Charakter von „Systemloyalität“ ihren Bedeutungswandel zum Gegenstand hat:

These 2: Während sie in der „Aufbau“-phase, neben den sozialen Herkunftsressourcen, eher eine Option mit *kompensatorischem Charakter* für berufliche Aufstiege darstellte, avancierte „Systemloyalität“ in den jüngeren Kohorten zu einem *notwendigen* Mittel, um in den verengten Chancenstrukturen *überhaupt* noch Berufs-„karrieren“ vollziehen und sich über diesen Weg den Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen öffnen zu können.

Diese beiden Thesen sind Gegenstand der nachfolgenden Analyse. Dabei wird die Aufmerksamkeit auf vier Fragen gelenkt:

(1) Als Ausgangspunkt, welche generellen Veränderungen gab es in den intergenerationalen Mobilitätsprozessen in der DDR?

(2) Welchen Umfang hatte die „Systemloyalität“ in den unterschiedlichen Phasen der DDR-Geschichte?

(3) Welche Veränderung gab es in der strukturellen Zusammensetzung der „Systemloyalen“?

(4) Spiegeln sich all diese Veränderungen letztendlich auch in einer unterschiedlichen Bedeutung der „Systemloyalität“ für die Determination von intergenerationalen Mobilitätsprozessen wider?

4. Operationalisierungen

4.1 „Systemloyalität“

Als höchste bzw. nach außenhin – öffentlich – bekundete Form „machtkonformen Verhaltens“ gilt sicherlich die *Mitgliedschaft in der jeweils staatstragenden Partei der einzelnen sozialistischen Länder sowie die Übernahme von Funktionen in der Partei selbst oder in einer der parteiabhängigen Organisationen* (wie z. B. den Gewerkschaften, der FDJ). Aufgrund ihres institutionalisierten Charakters stellt diese Form des machtkonformen Verhaltens ein äußerliches, klar definiertes Merkmal dar. Hingegen unterliegen andere (denkbare) Formen „machtkonformen Verhaltens“, wie ausgezeichnete Arbeitsleistungen, „systemloyales“ Auftreten in Diskussionen oder familiäre Sozialisationsleistungen bei der Erziehung „sozialismustreuer Nachfolgenerationen“, in weit größerem Maße subjektiven Bewertungsmaßstäben. Aus diesem Grund beschränkt sich die nachfolgende Analyse auf die institutionalisierte Form machtkonformen Verhaltens, im Sinne von Parteimitgliedschaft⁷ und/oder Funktionsträgerschaft – was im weiteren als „*öffentlich bekundete Systemloyalität*“ bezeichnet wird.

Hinsichtlich der Systemloyalität der Eltern muß eine engere Definition vorgenommen werden, da hier nur die Parteimitgliedschaft und keine Funktionsträgerschaft in den anderen Massenorganisationen erfragt wurde. Als „Parteifamilien“ wurden die Familien definiert, in denen der Vater und/oder die Mutter zwischen dem 14. bis 18. Lebensjahr ihrer Kinder Parteimitglied der SED bzw. KPD oder einer der Blockparteien waren.

4.2 Empirische Präsenz der Klassenlagen

Um einen Vergleich zwischen den Kohorten mit ihren unterschiedlich langen Berufskarrieren zu ermöglichen, wird für alle die – über die Berufskarrieren erreichte – Klassenlage im Alter 30 betrachtet.⁸ Für die Befragten der Kohorte 1959 – 61 wurde, sofern sie nach dem 31.12.1959 geboren wurden, der 31. Dezember 1989 als Stichtag gewählt, um noch

ihre Klassenlage innerhalb der DDR-Gesellschaft abzubilden.

Da *Herkunft* die Sozialisations- und Allokationsressourcen der Befragten für ihre Berufskarrieren widerspiegeln soll, wurde die Klassenlage der Herkunftsfamilie gemessen, als die Befragten zwischen 14 und 16 Jahre alt waren. Dabei wurde die Herkunftsklasse durch die Klassenlage desjenigen Elternteils bestimmt, dessen Klassenlage die größten Auswirkungen auf die Situation der Familie insgesamt hatte, und zwar unabhängig davon, ob es sich dabei um die Mutter oder den Vater handelte.

Welche Klassenlagen lassen sich nun in der hier verwendeten Stichprobe vorfinden und wie widerspiegeln die kohortenspezifischen Verteilungen der Klassenlagen den Prozeß der Etablierung, Konsolidierung und Stagnation in der Entwicklung der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft? Als erstes ist zunächst hervorzuheben, daß aufgrund der Tatsache, daß nur Personen befragt wurden, die 1990 (noch) in der DDR gelebt haben, gerade Personen, die der alten bürgerlichen Dienstklasse angehört haben bzw. Betriebseigentümer oder Großgrundbesitzer waren, nur in sehr geringem Umfang unter den Befragten vorzufinden sind. Die Diskriminierungsprozesse, von denen gerade diese Klassenlagen bezüglich ihrer Mobilitätschancen – bis zum Verlassen der DDR – betroffen waren, können daher mit den hier verwendeten Daten nicht abgebildet werden. Demzufolge muß die Fragestellung zugespißt werden: Und zwar, auf die Mobilitätschancen derjenigen, die die DDR bis 1990 nicht verlassen haben.

Welchen Veränderungen es in der klassenmäßigen Zusammensetzung der DDR neben diesem Auswanderungsaspekt gegeben hat, soll am Beispiel der befragten Männer der Geburtsjahrgänge 1929 – 31 und 1959 – 61 sowie deren Herkunftsfamilien dargestellt werden. Diese beiden Kohorten sind anschauliche Indikatoren sowohl für den Ausgangspunkt als auch den Endzustand der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft (vgl. Tabelle 1).

Die großen Unterschiede in den Anteilen der einzelnen Klassenlagen der beiden *Eltern-generationen* verdeutlichen, daß es eines historischen *Konstituierungsprozesses* der Klas-

Tab. 1: Verteilung der Klassenlagen in der DDR. Am Beispiel der Männer, geboren zwischen 1929 – 31 bzw. 1959 – 61, und deren Herkunftsfamilien (Angaben in Prozent)

Klassenlage	Herkunftsfamilie		Befragte im Alter 30	
	1929 – 31	1959 – 61	1929 – 31	1959 – 61
(historische Einordnung)	(1945 – 47)	(1975 – 77)	(1959 – 61)	(Dez. 1989)
Administrative Dienstklasse	–	1	1	–
Operative Dienstklasse	2	19	20	14
bzw.:				
<i>Leitungskader</i>	1	9	8	2
<i>Hochqualifizierte Angestellte</i>	1	10	12	14
Selbständige	11	3	1	1
Bauern*	14	8	8	2
Sozialistische Arbeiterklasse	68	68	69	83
bzw.:				
<i>Qualifizierte Angestellte</i>	12	15	17	13
<i>Qualifizierte Arbeiter</i>	29	43	40	58
<i>Un- bzw. Angelehrte</i>	27	10	12	12
Sonstige Klassenlagen**	5	1	1	–
N			276	260

* Bei der Kategorie „Bauern“ ist zu beachten, daß sich bis 1960 um die selbständigen Klein- und Mittelbauern und danach um die Genossenschaftsbauern handelte.

** Darunter befinden sich Angehörige der bürgerlichen Dienstklasse, der Dienstklasse des genossenschaftlichen Eigentums sowie PHG-Handwerksmeister.

Quelle: Eigene Berechnungen, Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, MPI-Bildungsforschung Berlin

senstruktur der DDR-Gesellschaft bedurfte. Besonders drastische Veränderungen zeigen sich in der Abnahme der Selbständigen, Bauern und den sonstigen Klassenlagen einerseits und der Zunahme der operativen Dienstklasse andererseits. Ersteres reflektiert mit der Zurückdrängung bzw. Abschaffung aller „nicht-sozialistischen“ Eigentumsverhältnisse die „Sozialisierung“ von Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft, sowie im Falle der Bauern die „zunehmende Industrialisierung der DDR-Wirtschaft“. Die rapide Erhöhung der „eigenen Dienstklasse“ widerspiegelt dahingegen den Prozeß des Austausches der Eliten. All diese Prozesse sind Ausdruck dafür, daß es sich bei der Klassenstruktur der DDR-

Gesellschaft um ein historisches Entwicklungsprodukt handelt, das in einem Spannungsverhältnis von politischer Intervention und ökonomischen Entwicklungserfordernissen (wie Industrialisierung, wissenschaftlich-technische Revolution, Automatisierung) entstanden ist.

Im Gegensatz dazu widerspiegelt der Vergleich zwischen den Söhnen der ältesten und der jüngsten Kohorte sehr deutlich den Prozeß von der Konsolidierung zur Stagnation in der Entwicklung der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft. Kennzeichen der *Konsolidierung* ist die immer dominanter werdende Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft – zur Per-

sonifizierung der sozialistischen Gesellschaft als „Arbeiter- und Bauern-Staat“. Als markanter Indikator der *Stagnation* erweist sich die Abnahme sowie die strukturell veränderte Zusammensetzung der operativen Dienstklasse in der jüngsten Kohorte. Während es einem großen Teil der befragten Männer der „Aufbaugeneration“ gelang, innerhalb der operativen Dienstklasse Leitungspositionen im sozialistischen Planungssystem zu besetzen, erfolgte der zudem noch begrenzte Zugang der Männer der jüngsten Kohorte zu dieser Klasse fast nur im Bereich der hochqualifizierten Angestelltentätigkeiten.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen entstand eine Klassengesellschaft, die *primär durch drei Klassenlagen* gekennzeichnet war, welche auch in den Alltagserfahrungen der DDR-Bevölkerung so reflektiert wurde: (1) die Parteilite als ausbeutende Klasse, (2) die sozialistische Arbeiterklasse als ausgebeutete Klasse und (3) die sozialistischen Dienstklassen als Vermittlungsinstanzen dieses Widerspruches.

Vermittelt bzw. umgesetzt wurden diese Prozesse politischer und ökonomischer Intervention bei der Konstituierung der Klassenstruktur der DDR-Gesellschaft durch inter- und intragenerationale Mobilitätsprozesse. Im Fokus der folgenden Analyse steht dabei der intergenerationale Vergleich. Bezugnehmend auf die beiden eingangs formulierten Thesen über den Einfluß von Systemloyalität auf die Berufskarrieren in der DDR, gilt es in einem ersten Schritt zu untersuchen, inwieweit Herkunftsressourcen im engeren Sinne eine karriere-generierende Rolle gespielt haben, und in einem zweiten Schritt, welche „zusätzliche“ Bedeutung der Systemloyalität zukam.

5. Von der Mobilisierung der Arbeiterkinder zur Selbstrekrutierung der sozialistischen Dienstklassen?

Eine der interessantesten Fragestellungen im Zusammenhang mit intergenerationalen Mobilitätsprozessen in staatssozialistischen Gesellschaften ist sicherlich die: Wer hatte Zu-

gang zu den sozialistischen Dienstklassen? Oder: Wurde der propagierte Bonus für Arbeiter- und Bauernkinder in die Realität umgesetzt? Wie kann einer solchen Fragestellung empirisch nachgegangen werden?

Um den unterschiedlichen Anteilsgrößen der einzelnen Klassenlagen in den vier Geburtskohorten gerecht zu werden, ist es notwendig, ein Mobilitätsmaß zu finden, daß unabhängig von den jeweiligen Randverteilungen ist. Ein solches Maß sind die *Odds Ratios* als Verhältnisse von Verhältnissen bzw. von Chancen. In bezug auf intergenerationale Mobilitätsprozesse sind sie ein Ausdruck dafür, wie groß die Chance der Kinder aus der Klassenlage A ist, in die Klassenlage B zu gelangen, im Vergleich zu der Chance, die Kinder aus einer anderen Klassenlage X für einen Zugang zu Klasse B haben.⁹ Hier interessiert insbesondere, wie groß die Chance der Kinder aus den sozialistischen Dienstklassen war, selbst wieder Zugang zu den Dienstklassen zu haben, im Vergleich zu der Chance, die Kinder aus der Arbeiterklasse hatten, in die sozialistischen Dienstklassen „aufsteigen“. Diese Unterschiede in den Zugangschancen sind in Tabelle 2 dargestellt.

Für die Männer der Kohorte 1929–31 wird deutlich, daß in der Aufbauphase der DDR die Söhne aus Familien der Arbeiterklasse – und zwar aus allen Teilen der Arbeiterklasse – außerordentliche Karrierechancen hatten. Ihre Chance, in die sozialistischen Dienstklassen aufzusteigen, war genauso groß wie die Chance, daß Kinder aus den Dienstklassen selbst Zugang zu diesen hatten. Selbst der Unterschied zwischen Kindern der Dienstklassen und denen von Un- und Angelernten war nicht einmal 1 zu 2. Bedenkt man außerdem die Tatsache, daß nur 2 % der Söhne überhaupt aus Familien der operativen Dienstklasse stammten (siehe Tabelle 1), dann widerspiegeln diese Befunde sehr eindrucksvoll, daß sich die sozialistischen Dienstklassen in dieser Zeit vor allem aus Söhnen der Arbeiterklasse konstituierte. Danach stabilisierte sich dieser außerordentliche Bedarf an Kadern der sozialistischen Dienstklassen auf einem Niveau von ca. 20 %. Der Arbeiter- und Bauernbonus wurde immer mehr außer Kraft gesetzt – andere Selektionskriterien, wie Leistung und gesellschaftliches Engagement gewannen

mit dem sozialistischen Bildungsgesetz von 1965 seit dem Ende der 60er Jahre zunehmend an Bedeutung. Entsprechend der in diesem Gesetz deklarierten gleichen Bildungschancen für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft – „bedurfte“ es nun aufgrund des Einheitsschulsystems keines besonderen Bonus für Arbeiter- und Bauernkinder mehr. „Vergessen“ wurde jedoch die Durchbrechung des Einheitssystems durch die Selektion für den Zugang zur „Erweiterten Oberschule“ (EOS) nach dem Ende der 8. Klasse. In der Realität profitieren davon aufgrund ihrer Sozialisationsvorteile v. a. die Kinder aus

den sozialistischen Dienstklassen. Infolgedessen verbesserte sich die Chance der Söhne aus den Dienstklassen im Vergleich zu der der Söhne aus der Arbeiterklasse. In den 60er und 70er Jahren hatten sie nun eine ungefähr 3mal so hohe Chance, in die Dienstklassen zu gelangen, wie die Söhne aus Familien der Arbeiterklasse. Der eigentliche Bruch in den Mobilitätschancen ist jedoch erst mit dem Übergang zur 60er Kohorte zu verzeichnen. Hier hatten die Söhne der Dienstklassen eine 7- bis 8mal so hohe Chance, in die Dienstklassen zu gelangen, wie die Söhne aus Familien der Arbeiterklasse. Der Bedarf an Zugängen in die

Tab. 2: Die Konstituierung der Klassenstruktur in der DDR oder: Mobilität versus Stabilität?

(Odds Ratios: Chance der Kinder aus den sozialistischen Dienstklassen für den Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen im Vergleich zu der von Kindern aus der Arbeiterklasse im Alter 30)

Unterschied der Kinder aus den Dienstklassen zu denen aus der...	Kohorten				
	alle	1929 – 31	1939 – 41	1951 – 53	1959 – 61
Männer					
sozialistischen Arbeiterklasse	3*	1	3*	3*	8*
<i>Klasseninterne Differenzierung</i>					
Angestellte	1	1	1	2	2*
Arbeiter	5*	1	4*	5*	19*
Un-/Angelernte	4*	2	4*	4*	8*
N	1101	276	279	286	260
Frauen					
sozialistischen Arbeiterklasse	8*	–	4*	5*	7*
<i>Klasseninterne Differenzierung</i>					
Angestellte	3*	–	2*	3*	3*
Arbeiter	9*	–	3*	7*	11*
Un-/Angelernte	18*	–	7*	8*	–
N	1136	286	270	278	302

* Signifikanter Wert, $p \leq 0,05$, zweiseitiger t-Test (gerundet auf ganze Zahl)

(Bei den Frauen der Kohorte 1929 – 31 kam die einzige Tochter aus der Dienstklasse selbst in diese, d. h. 1/0.)

(Bei den Frauen der Kohorte 1959 – 61 konnte keine Tochter einer un-/angelernten Familie in eine der Dienstklassen aufsteigen, d. h. 0/26.)

Quelle: Eigene Berechnungen, Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, MPI-Bildungsforschung Berlin

Dienstklassen ist in dieser Zeit von 20 % auf 14 % gesunken. Diese Verengung in den Chancenstrukturen hat v. a. die Söhne aus der Arbeiterklasse betroffen – während es den Eltern der Dienstklassen auch weiterhin gelang, für ihre Kindern den Zugang offen zu halten.

Für die *Frauen* der vier Kohorten zeichnen sich ähnliche, aber auch geschlechtsspezifisch differenzierte Veränderungen ab. Auch für die Frauen ist – über die Kohorten hin betrachtet – eine Verengung der Chancenstrukturen der Töchter aus Familien der Arbeiterklasse im Vergleich zu denen aus den sozialistischen Dienstklassen zu konstatieren. Dieser Prozeß verlief jedoch nach einem zeitlich anderen Muster. Im Gegensatz zu den Männern der 30er Kohorte gelang es den Frauen dieser Kohorte nur in sehr geringem Maße – wenn überhaupt –, an den außergewöhnlichen Karrierechancen der Aufbauphase zu partizipieren. Das Verhältnis zwischen den Chancen der Frauen und der Männern in dieser Kohorte, über die eigene Berufstätigkeit in eine der Dienstklassen zu kommen (unabhängig von der sozialen Herkunft), betrug 1 zu 14. Wenn also von den Chancen der Aufbaugeneration gesprochen wird, dann sind damit eigentlich immer nur die Männer gemeint. Anders verhält es sich in den nachfolgenden Generationen. Hier gelang es auch zunehmend den Frauen, den Weg in die Dienstklassen zu finden – v. a. über hochqualifizierte Angestelltentätigkeiten, z. B. als Lehrerin, Ärztin oder Ökonomin. Der Anteil der Frauen, die den sozialistischen Dienstklassen angehörten, erhöhte sich über die vier Kohorten von 5 % auf 17 %. Beachtet man die Herkunft der befragten Frauen, so zeichnete sich seit den um 1939 – 41 geborenen Frauen der gleiche Prozeß ab wie bei den Männern: eine Verengung der Chancen der Töchter aus Familien der Arbeiterklasse, in die sozialistischen Dienstklassen aufzusteigen.

Insgesamt hatten es die Töchter aus Familien der Arbeiterklasse in der Konkurrenz mit denen aus Familien der Dienstklassen immer schwerer, in die Dienstklassen aufzusteigen, als die Söhne aus Familien der Arbeiterklasse. Diese *Geschlechtsspezifik im Reproduktionsmuster der Dienstklassen* wurde v. a. dadurch verursacht, daß die Töchter der 30er und 40er Kohorten aus der Arbeiterklasse wesentlich

schlechtere Chancen hatten als die Söhne aus der Arbeiterklasse – während eine derartige Geschlechterdifferenzierung hinsichtlich der Kinder aus den sozialistischen Dienstklassen nicht festgestellt werden kann. Für die beiden jüngeren Kohorten kann ein solcher Unterschied zwischen Töchtern und Söhnen statistisch nicht nachgewiesen werden. Hier hatten Töchter und Söhne aus Familien der Arbeiterklasse zunehmend die gleichen – wenn auch generell schlechteren – Chancen in die Dienstklassen aufzusteigen. Gründe dafür sind sicherlich in den Prozessen der Gleichstellung der Geschlechter in der DDR zu suchen, wie die Beseitigung von Ausbildungsdefiziten bzw. geschlechtsspezifischen Niveauunterschieden in der Qualifikation oder die zunehmend „männlichen“ Erwerbsmuster der jungen Frauen hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit (vgl. Trappe 1994, Sorensen/Trappe 1994, Schäffgen et al. 1993).

Die Fragestellung nach der Realität des spezifischen „Arbeiterbonus“ aufgreifend, ist noch offen, wie sich diese Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst auswirkten. Die Verschlechterung der Mobilitätschancen betraf sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen weniger die Kinder aus Angestelltenfamilien als vielmehr die Kinder aus Facharbeiter- und Un-/Angelernten-Familien. Die Ursachen dafür waren vielfältig, zu nennen wären zumindest drei: (1) Das geringere Ausmaß der Verschlechterung bei den Kindern aus Angestelltenfamilien wurde sicherlich durch ein bestehendes materielles Interesse sowie die räumliche Nähe (Verwaltungs- und Büroarbeit) zu den sozialistischen Dienstklassen verursacht. (2) Im Gegensatz dazu kann die Verschlechterung der Chancen der Facharbeiterkinder nicht nur einer zunehmenden Blockierung von Aufstiegskanälen seitens der Dienstklassen zugeschrieben werden. Vielmehr wurden hier auch Tendenzen eines „bewußten Verzichts“ deutlich – verursacht durch eine geringe materielle Motivation sowie durch politische Gründe. So konnte der Einkommensverlust, der durch die Zeit des Abiturs und Studiums entstand, durch eine spätere Position in der operativen Dienstklasse nur schwer ausgeglichen werden. Zum anderen verlangten Studium und exponierte Stellungen eine politische Identifikation mit dem Sy-

stem und ein gesellschaftliches Engagement für das System, zu der Arbeiter und deren Kinder immer weniger bereit waren. Und sicherlich spielte (3) auch das in Deutschland generell verbreitete und in der DDR besonders „hofierte“ Ethos der Facharbeiter eine nicht unbedeutende Rolle bei diesem „Verzicht“. Diese Gründe sprechen umgekehrt auch dafür, daß es sich bei den Männern aus Un-/Angelernten-Familien (v. a. in der 60er Kohorte) eher um die Blockierung als um einen Verzicht von Aufstiegen gehandelt haben muß. Die Verschlechterung bzw. der Rückgang ihrer Mobilitätschancen im Verhältnis zu Söhnen aus den Dienstklassen fiel daher nicht ganz so drastisch aus wie bei den Facharbeitersöhnen.

Als Fazit läßt sich feststellen: Die Herkunftsressourcen der sozialistischen Dienstklassen haben eine immer größere Bedeutung für die Platzierung ihrer Kinder erlangt. Damit kann von einem speziellen Arbeiterbonus nur für die Aufbauphase gesprochen werden. Die zunehmende Verengung der Chancenstruktur betraf damit am drastischsten die Männer und Frauen aus den Arbeiterfamilien der Kohorte 1959 – 61. Offen ist jedoch noch die Frage, ob für diese im Vergleich zur Arbeiterklasse besseren Chancen der Kinder aus den Dienstklas-

sen nicht auch politische Zugeständnisse abverlangt wurden – so wie umgekehrt, vielleicht auch der „Arbeiterbonus“ an politisches Engagement für das neue System gebunden war.

6. Ausmaß der Systemloyalität: Die Selbstrekrutierung der Partei und „Partei“isierung der sozialistischen Dienstklassen

Zunächst ist zu fragen, inwieweit die öffentliche Bekundung von Systemloyalität überhaupt eine relevante Erscheinung in der DDR gewesen ist und welche historischen Veränderungen es hier möglicherweise gegeben hat.

In Tabelle 3 wird zunächst deutlich, daß selbst von den um 1959 – 61 geborenen Männern und Frauen noch über 20 % angaben, im Alter von 30 Jahren Mitglied der SED oder einer der Blockparteien und/oder Funktions-träger in einer der parteiabhängigen Organisationen gewesen zu sein. Deutlich wird aber auch, daß der Zuspruch zu diesem System in starkem Maße von der Befindlichkeit des Systems selbst abhängig war. Während über 30 % der Männer der beiden älteren Kohorten

Tab. 3: Ausprägung „öffentlich bekundeter Systemloyalität“ in der DDR
(Anteile in Prozent, N = 2237 Männer und Frauen)

Personen mit Systemloyalität ...	Kohorte				
	alle	1929 – 31	1939 – 41	1951 – 53	1959 – 61
Männer					
im 1. Job	9	7	5	9	15
im Alter 30	29	36	32	25	23
<i>davon aus Parteifamilien</i>	35	20	27	54	51
im Jahr 1989	31	42	31	28	23
<i>in der Elterngeneration</i>	27	12	38	38	36
Frauen					
im 1. Job	4	1	3	5	8
im Alter 30	17	12	14	18	24
<i>davon aus Parteifamilien</i>	48	32	37	58	53
im Jahr 1989	20	18	16	21	24
<i>in der Elterngeneration</i>	28	13	18	39	39

Quelle: Eigene Berechnungen, Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, MPI- Bildungsforschung Berlin

sich systemloyal zeigten, d. h., in einer Zeit als der „Aufbau des Sozialismus“ mit seinen versprochenen Lebensperspektiven angesagt war und außergewöhnliche Karriereoptionen offenstanden, ging das Ausmaß der Systemloyalität in den beiden jüngeren Kohorten auf ein Niveau von unter 25 % zurück.¹⁰ Es ist sicherlich gerechtfertigt, dies u. a. als einen Indikator für die *abnehmende Akzeptanz* des Systems selbst zu werten.

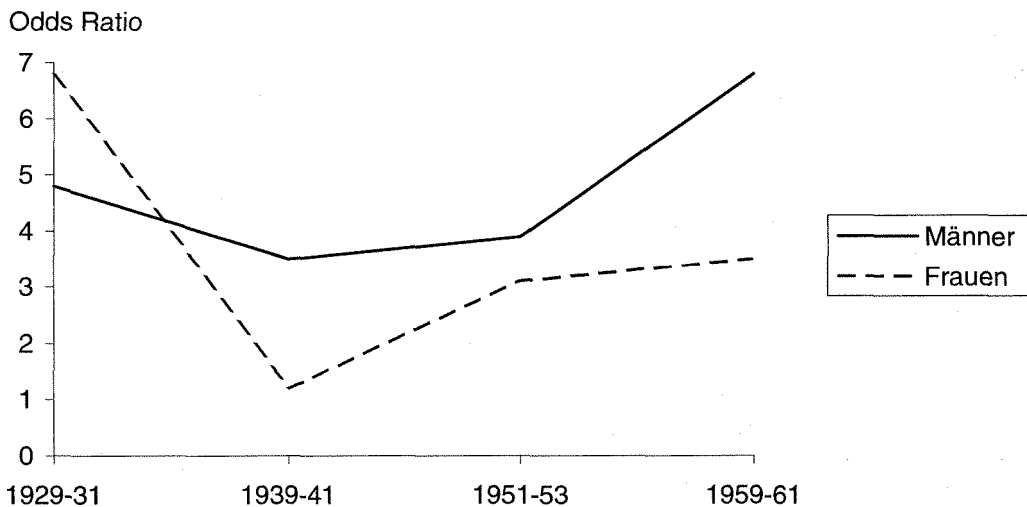
Bei den Frauen kann anhand der Zuwächse der Parteimitglieder und/oder Funktionsträger jedoch nicht in gleicher Weise auf eine „zunehmende“ Akzeptanz geschlossen werden. Diese Zuwächse sind vielmehr Ausdruck für den Prozeß eines Niveaueausgleichs. Hier ging es zunächst darum, die Frauen überhaupt einzubeziehen und an das Niveau der Männer heranzuführen. Mit den Frauen der jüngsten Kohorte pendelte sich das Ausmaß der Systemloyalität der Frauen dann auf dem Niveau der Männer ein.

Tabelle 3 verdeutlicht darüberhinaus noch zwei weitere Phänomene, in denen sich eine verändernde Rolle von Systemloyalität im

Verlauf der DDR-Entwicklung zeigt: Zum einen die erhöhte Rekrutierung von Systemloyalen aus den Reihen der Partei selbst und zum anderen die steigende Bedeutung von Systemloyalität als Selektionskriterium Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre, in dem ein frühzeitiges Bekenntnis abverlangt wurde. Letzteres, d. h. der Anstieg des Anteils der bereits zum Berufseinstieg systemloyalen Männer und Frauen v. a. mit dem Übergang zur Kohorte 1959 – 61 wurde sicherlich auch dadurch verursacht, daß der Berufseinstieg in den jüngeren Kohorten einerseits später erfolgte und andererseits das stärkere Eingebundensein in die Jugendorganisation FDJ eine frühere Übernahme von Funktionen ermöglichte. Trotzdem ist es naheliegend davon auszugehen, daß ein derartiges Engagement z. T. auch nur deshalb gezeigt wurde, weil es nun als Selektionskriterium fungierte und somit die Einstiegschancen in entscheidender Weise mitbestimmte.

Aber nicht nur der Anteil der systemloyalen Männer und Frauen, die aus Parteifamilien kamen, stieg. Hinzu kam, daß sowohl bei den

Abb. 2: Die „Partei“-isierung der sozialistischen Dienstklassen



(Odds Ratio ist das Verhältnis zwischen der Chance, daß jemand aus den Dienstklassen systemloyal war, und der, daß jemand aus der Arbeiterklasse loyal war.)

Quelle: Eigene Berechnungen, Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, MPI- Bildungsforschung Berlin

Männern als auch den Frauen der 50er und 60er Kohorte sich der Unterschied in der Bekundung von Systemloyalität zwischen denen, die es bis zum Alter 30 in eine der sozialistischen Dienstklassen geschafft hatten, und denen, die im Alter 30 der Arbeiterklasse angehörten, erhöhte (Abb. 2) – abgesehen von dem besonderen Phänomen der 30er Kohorte. Dies wird aus Abbildung 2¹¹ sichtbar, in der die *kohortenspezifischen Unterschiede* zwischen den Chancen von denjenigen, die im Alter 30 der Dienstklasse angehörten, und von denjenigen, die der Arbeiterklasse angehörten, für die öffentliche Bekundung von Systemloyalität dargestellt sind.¹²

Für die Männer ist zu konstatieren, daß in der 40er Kohorte die Chance, daß jemand der Dienstklassen auch der Partei angehörte oder Funktionen ausübte, 5mal so hoch war wie für die Angehörigen der Arbeiterklasse. In der 60er Kohorte betrug dieser Unterschied 7 zu 1. Dieser Anstieg ist v. a. dadurch verschuldet, daß im Gegensatz zu den Dienstklassen, wo der Anteil der Systemloyalen bis auf die 30er Kohorte¹³ immer ca. 55 % betrug, sich der Anteil der systemloyalen Arbeiter und Angestellten von 27 % in der Kohorte 1929 – 31 auf nur 16 % in der jüngsten Kohorte verringerte.

Für die Frauen verlief die Entwicklung ebenfalls in diese Richtung. Die Chance, daß eine Angehörige der Dienstklasse zugleich auch Parteimitglied oder Funktionsträgerin war, im Vergleich zu den Angehörigen der Arbeiterklasse war in der 40er Kohorte nahezu gleich (1.2) und stieg in der 60er Kohorte auf ein Verhältnis von 4 zu 1 an. Anzumerken ist, daß dies nicht durch eine Verringerung des Anteils der systemloyalen Arbeiterinnen/Angestellten zustande kam. Vielmehr stieg sowohl bei den Frauen in den Dienstklassen als auch bei denen in der Arbeiterklasse der Anteil der systemloyalen Frauen, jedoch in den Dienstklassen wesentlich stärker als in der Arbeiterklasse. Startend von einem nahezu gleichen Niveau in der 40er Kohorte bei ca. 15 %, erhöhte sich in der 60er Kohorte der Anteil der systemloyalen Frauen in den Dienstklassen auf ca. 45 %, in der Arbeiterklasse jedoch nur auf ca. 20 %.

Dies deutet darauf hin, daß mit dem Selbstrekrutierungsprozeß der Partei auch ein Pro-

zeß der „Partei“isierung der sozialistischen Dienstklassen verbunden war. Systemloyalität wurde für *die* Männer und Frauen wichtig, die sich den immer enger werdenden Zugang zu den Dienstklassen offenhalten wollten – und Eltern, die es selbst in die Dienstklassen geschafft hatten, reflektierten in besonderem Maße, daß die Erfüllung politischer Kriterien für ihre Kinder unumgänglich wurde.

Vergleicht man diese Entwicklung der Frauen und Männer, so werden neben der Ähnlichkeit in den Mustern der Selbstrekrutierung und „Partei“isierung auch zwei Unterschiede deutlich. Erstens ist es nicht verwunderlich, daß bei den Frauen, die zwischen 1929 – 31 geboren wurden, die Systemloyalität in weit stärkerem Maße mit einer Position innerhalb der Dienstklassen verbunden war, als dies jemals für die Männern zutraf – da es sich hier um eine äußerst selektive Gruppe handelte.

Den zweiten Unterschied bildet die strukturelle Zusammensetzung der systemloyalen Frauen der zweiten Kohorte (1939 – 41). Zu den Zeiten ihrer „Plazierung“ in der Klassenstruktur der DDR fanden gezielte Fördermaßnahmen für die Einbeziehung von Frauen in die „qualifizierte“ Erwerbstätigkeit und das gesellschaftliche Lebens insgesamt statt. Frauen, die den Zugang in die Dienstklassen wollten, mußten daher nicht unbedingt in der Partei oder Funktionsträger sein. Zu diesem Zeitpunkt der Geschichte schien das Merkmal „Geschlecht“, d. h., eine Frau zu sein, für die Realisierung einer Position in den Dienstklassen eine dominantere Rolle gespielt zu haben als die Systemloyalität. Doch auch bei den Frauen setzte Ende der 70er Jahre ein Prozeß der Kaderisierung ein.

Zusammenfassend weisen diese krassen Unterschiede zwischen den Angehörigen der Dienstklassen und der Arbeiterklasse bezüglich der bekundeten Systemloyalität darauf hin, daß „Systemloyalität“ durchaus ein karriereförderndes – zumindest jedoch karrierebedingtes – Merkmal darstellte (vgl. These 1).¹⁴ Offen ist jedoch noch die Frage, ob Systemloyalität *generell* einen „karrierefördernden Einfluß“ besaß, der unabhängig von den Herkunftsressourcen wirkte, privilegierte Herkunftssressourcen zu kompensieren vermochte oder nur in dem gleichzeitigen Vorhandensein

von exponierten Herkunftsressourcen und Systemloyalität relevant wurde. Oder ob diesbezüglich – wie in der zweiten These formuliert wurde – ein Bedeutungswandel im Zusammenspiel von askriptiven Herkunftsressourcen und Systemloyalität im Prozeß der Platzierung der Kinder in der Klassenstruktur der DDR stattfand.

7. Vom Kompensationspotential zum „notwendigen“ Laufbahnkriterium

Wie die Diskussion über das Wesen der DDR-Gesellschaft nahelegt, dürfte „Systemloyalität“ in der DDR neben den allgemeinen Herkunftsressourcen eine wichtige Rolle für die Mobilitätschancen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder gespielt haben. Dieser Rolle kann sie jedoch auf verschiedene Art gerecht geworden sein: als *herkunftskompensierende Bedingung* oder als *zusätzliches Kriterium der Selektion innerhalb einer Herkunfts-klasse* für einen erfolversprechenden Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen. Welche dieser beiden Bedeutungen kam ihr im Verlauf der Entwicklung der DDR zu?

In Abbildung 3 sind die Zugangschancen der Männer und Frauen entsprechend der historischen Verortung ihrer Berufskarrieren (als Proxy dient hier die Kohortenzugehörigkeit), ihrer Herkunftslage sowie ihrer bekundeten Systemloyalität abgebildet.¹⁵ Für die Frauen der 30er Kohorte konnten die Chancen aufgrund der zu geringen Fallzahl der Frauen, die es durch ihre eigene Berufstätigkeit in die Dienstklassen schafften, nicht berechnet werden.

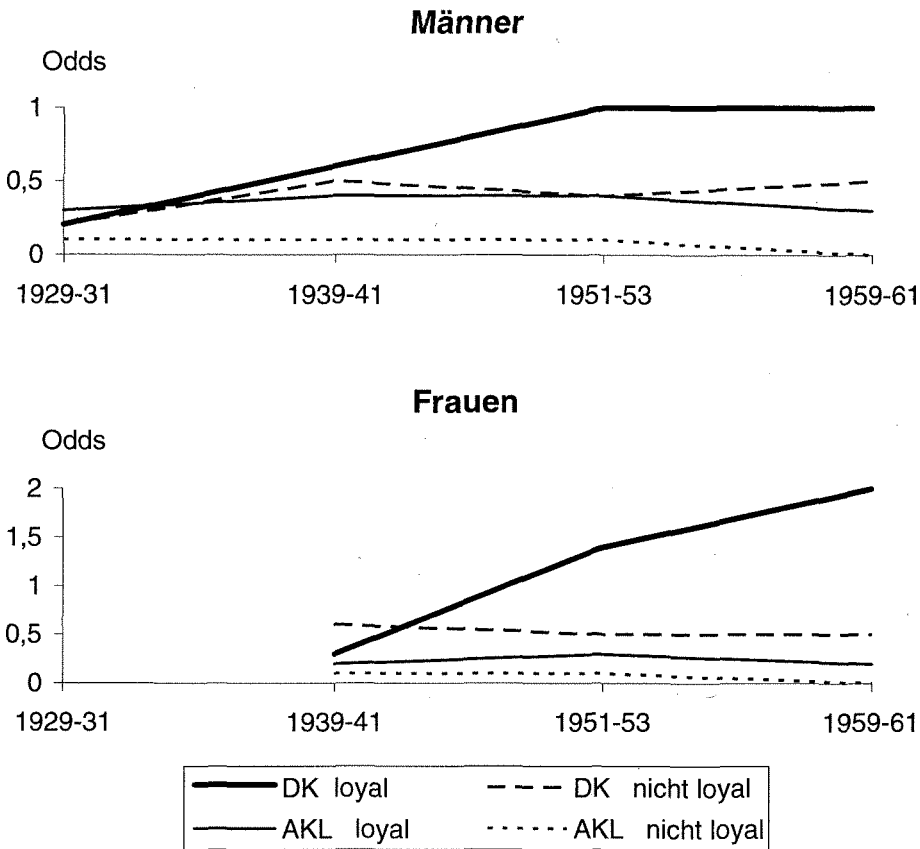
Bereits auf den ersten Blick wird anhand der in Abbildung 3 dargestellten Chancen deutlich, daß sowohl für die Männer als auch die Frauen im Verlauf der DDR-Entwicklung die Differenzierung zwischen den Kindern aus den sozialistischen Dienstklassen und der Arbeiterklasse zugenommen hat – jedoch nicht *per se*, sondern in Abhängigkeit davon, ob sie öffentlich Systemloyalität zeigten oder nicht. Anders formuliert, der Unterschied zwischen Arbeiterklasse und Dienstklassen wurde nicht an sich größer. Vielmehr ist das Ver-

hältnis der Chancen zwischen loyalen Arbeiterkindern und nicht-loyalen Dienstklasse-Kindern über die Zeit hin als relativ stabil zu bezeichnen. Wer jedoch „ausriß“, waren die *systemloyalen Dienstklasse-Kinder*. Wer in der 60er Kohorte – und zwar bei den Männern wie bei den Frauen – sozusagen eine berechnete Chance für eine Berufskarriere in eine der Dienstklassen haben wollte, der mußte nun sowohl über die Herkunftsressourcen der Dienstklassen verfügen, als auch selbst Systemloyalität zeigen. „Systemloyalität“ avancierte nun zu einem entscheidenden Selektionskriterium innerhalb der Dienstklassen.

Ganz anders ist das Bild in den beiden älteren Kohorten und hier v. a. für die Männer der Kohorte 1929 – 31. *Systemloyalität* wirkte hier eher als *kompensatorische Ressource für die Arbeiterkinder* in bezug auf die Herkunftsressourcen der Dienstklasse-Kinder. In dieser Kohorte hatten systemloyale Arbeitersöhne eine höhere Chance, bis zum Alter 30 eine Berufskarriere in eine der neuen Dienstklassen zu realisieren, als Söhne aus den Dienstklassen. Und auch in der nachfolgenden Kohorte (1939 – 41) weisen die geringen Unterschiede in den Chancen auf die Bedeutung von Systemloyalität als eine eher kompensatorische Ressource für Arbeitersöhne und -töchter hin. Diese Kompensation der – im Vergleich zu den Herkunftsressourcen der Arbeiterklasse – privilegierten Ressourcen der Dienstklasse-Kinder erfolgte v. a. über *spezielle Selektionsmechanismen* sowie Förderungs- und Qualifikationsmaßnahmen zugunsten systemloyaler Arbeiter/innen seitens der Partei und der Betriebe in der „Aufbau“-phase der DDR. Für sie zahlte sich Systemloyalität insbesondere für den *intragenerational*, durch Berufskarrieren, vollzogenen Zugang zu den Dienstklassen aus (vgl. dazu Huinink/Solga 1994).

Diese Befunde veranschaulichen insgesamt sehr plastisch die zunehmenden *Vererbungsbemühungen* der Eltern der sozialistischen Dienstklassen – aber auch der Eltern der Arbeiterklasse.¹⁶ Die Weitergabe von klassenspezifischen Ressourcen auf die nachfolgende Generation funktioniert immer mehr entsprechend den Mustern einer klassischen Klassengesellschaft. Die anfangs offene, da sich erst etablierende, Klassenstruktur der Auf-

Abb. 3: „Systemloyalität“ – eine kompensatorische oder zusätzliche Bedingung für den Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen?



(Odds = Zugangschancen zu den sozialistischen Dienstklassen im Alter 30, d. h., die Wahrscheinlichkeit, daß jemand aus der betrachteten Klassenlage den Zugang schafft, im Vergleich zu der Wahrscheinlichkeit, daß „nur“ eine Klassenlage außerhalb der Dienstklassen erreicht wird.)

Legende: DK – loyal Dienstklasse-Herkunft und systemloyal im Alter 30
 DK – nicht loyal Dienstklasse-Herkunft und nicht systemloyal im Alter 30
 AKL – loyal Arbeiterklasse-Herkunft und systemloyal im Alter 30
 AKL – nicht loyal Arbeiterklasse-Herkunft und nicht systemloyal im Alter 30

Quelle: Eigene Berechnungen, Projekt „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“, MPI- Bildungsforschung Berlin.

bau- und Konstituierungsphase wurde zunehmend eine geschlossene: Barrieren zwischen den Klassen verfestigten sich, Übergänge wurden in starkem Maße erschwert. Um diese Vererbung der Klassenlage realisieren zu können, waren die Eltern der Dienstklassen in immer stärkerem Maße gezwungen, zum einen ihre

qualifikatorischen und kulturellen Ressourcen in gute schulische Leistungen ihrer Kinder umzusetzen, so daß sie gemäß dem Leistungskriterium die besseren Chancen in den berufsrelevanten Selektionsmechanismen besaßen. Zum anderen mußten sie ihre organisatorischen, sozialen und politischen Netzwerke für einen er-

folgreichen Allokationsprozeß einsetzen. Letzteres gelang ihnen jedoch – in den generell verengten Chancenstrukturen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre¹⁷ – zunehmend nur insofern, als sie ihre Kinder zu einem systemloyalen Verhalten anhalten und ihnen damit „politische“ Karrieren eröffnen konnten.

Anhand dieser Befunde wird der in der zweiten These formulierte Bedeutungswandel von Systemloyalität als Selektionskriterium sichtbar: Aus der kompensatorischen Wirkung von Systemloyalität für Arbeiterkinder wurde zunehmend ein zusätzlicher Selektionsmechanismus innerhalb der Dienstklassen. Die Vererbung der Vorteile und Privilegien der Dienstklassen implizierte in zunehmendem Maße auch die Weitergabe „politischer Ressourcen“.

8. Fazit

Die dargestellten Ergebnisse zeigen in anschaulicher Weise, wie sich die intergenerationalen Mobilitätsmuster im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der DDR verändert haben. Als markante Befunde lassen sich v. a. folgende kennzeichnen: (1) Mit dem Übergang zur 60er Kohorte setzte eine wesentliche Verschlechterung der Mobilitätschancen ein. Die mit dem Aufbau der DDR entstandenen und durch die Fluchtbewegung bis 1961 vakant gewordenen Stellen (v. a. Leitungspositionen) waren durch die älteren Generationen besetzt, die Schaffung neuer Positionen innerhalb der Dienstklassen durch strukturelle Veränderungen blieb nach Abschluß der Kombinatbildung (von der v. a. noch die um 1951 – 53 Geborenen profitieren konnten) aus. Dies äußerte sich bei den Männern als drastische „Verengung“, bei den Frauen als „Stagnation“ der Karrierechancen – und betraf in beiden Fällen vorwiegend Personen, die aus der Arbeiterklasse stammten. Im Kontext mit weiteren Einschränkungen in der Lebensgestaltung der jüngeren Generation (wie z. B. im Reisen, Wohnungssuche, öffentliche Meinungsäußerung) hilft diese Verengung der beruflichen Chancenstrukturen zu verstehen, warum es gerade junge Leute waren, die 1989 auf die Straße gegangen sind bzw. massiv das Land verlassen haben (vgl. Huinink/Mayer

1993, Mayer/Solga 1994). (2) Es konnte für die gesamte Zeit des Bestehens der DDR ein Zusammenhang von Systemloyalität und Mobilität nachgewiesen werden – der jedoch historischen Veränderungen unterlag. Während „Systemloyalität“ in den älteren Kohorten eher eine herkunftskompensatorische Funktion zukam, wurde sie in der jüngeren Generation zunehmend – neben der Herkunft aus den sozialistischen Dienstklassen – zu einer zusätzlich notwendigen Bedingung. (3) Die Ergebnisse weisen ferner darauf hin, daß es notwendig ist, für geschlechtsspezifische Unterschiede im Mobilitätsregime der DDR-Gesellschaft sensibel zu sein.

Diese Analyse impliziert zugleich eine Reihe interessanter Fragestellungen für die Zeit nach der Wende. Ein Beispiel dafür wäre die Frage, inwieweit sich diese in der DDR so wichtige Mobilitätsressource „Systemloyalität“ auf die Berufschancen nach 1989 ausgewirkt hat. Die Antwort muß hier zunächst offen bleiben. Doch sie ist keinesfalls trivial. Sie hängt vielmehr davon ab, ob „Systemloyalität“ in den neuen gesellschaftlichen, institutionellen und betrieblichen Kontexten als eine rein äußerliche, gewissermaßen erzwungene und damit für heutige Berufszusammenhänge als eine eher unbedeutende Anpassung aufgefaßt wird, oder ob diese als innere, freiwillige Überzeugung begriffen wird, woraus sich eher negative Auswirkungen auf neue Karrieren antizipieren ließen (vgl. dazu Solga 1993b).

Anmerkungen

- 1 Diese Analysen wurden von Johannes Huinink und der Autorin während eines Gastaufenthaltes von Bogdan Mach am Max-Planck- Institut Ende 1993 durchgeführt. Dabei wurden die Auswirkungen der eigenen Parteimitgliedschaft wie der des Vaters auf die intragenerationalen Mobilitätsprozesse zwischen dem ersten Beruf und der Berufsposition im Jahr 1989 bzw. 1988 in der DDR und Polen miteinander verglichen. Deutlich wurde, daß sowohl in der DDR als auch in Polen Parteimitgliedschaft eine eindeutig „aufstiegsfördernde“ Wirkung besaß.
- 2 Für eine ausführliche Diskussion siehe Solga (1994).
- 3 Entsprechend Wright (1980) ist zwischen *reinen* und *widersprüchlichen* Klassenlagen zu

unterscheiden. Reine Klassenlagen sind durch den eindeutigen Besitz bzw. den Ausschluß von den Verfügungsgewalten der jeweiligen Produktionsweise gekennzeichnet. Im Gegensatz dazu sind die widersprüchlichen Klassenlagen jene, die Merkmale unterschiedlicher Klassenlagen aufweisen. Das heißt, Personen in diesen widersprüchlichen Klassenlagen können zwar *partiell* an Verfügungsgewalten einer bestimmten Klasse partizipieren, sind jedoch gleichzeitig wie andere Klassen von den sonstigen Verfügungsgewalten dieser Klasse ausgeschlossen.

- 4 Vgl. auch Schneider (1994).
- 5 Sie hatten jedoch – im Unterschied zur Arbeiterklasse – die Möglichkeit einer privaten Nebenproduktion, die aufgrund der Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte aus der Kleinproduktion (wie Gärten oder private Hauswirtschaft) sehr lukrativ war.
- 6 Der noch verbliebene Rest bäuerlicher Privatwirtschaft war hinsichtlich seiner Verfügungsrechte in ähnlicher Weise marginalisiert wie die noch existierenden Privatbetriebe in Handwerk und Dienstleistung. Demzufolge sind beide Gruppen nach 1960 in einer gemeinsamen Klassenlage als Selbständige zu positionieren.
- 7 Da die Blockparteien in den Ländern des real existierenden Sozialismus systemstabilisierende, weil legitimatorische, Funktionen zu erfüllen hatten und in keiner Weise oppositionellen Charakter getragen haben, wird die Mitgliedschaft in diesen Parteien ebenfalls als „systemloyales“ Verhalten definiert. Mach bestätigte diese Auffassung auch für die polnischen Verhältnisse.
- 8 Die besondere Betonung von „über die Berufskarrieren erreichte Klassenlage“ ergibt sich daraus, daß auch andere Zugangswege vorhanden waren, wie z. B. die Heirat, die vor allem bei Frauen keine unwesentliche Rolle gespielt haben dürfte.
- 9 Odds Ratio (Klasse A im Vergleich zu Klasse X für den Zugang zu Klasse B) = $(p_A/(1-p_A)) / (p_X/(1-p_X))$.
- 10 Vergleicht man die Ausprägung der Systemloyalität der Männer im Dezember 1989, dann zeigt sich diese abnehmende „Zustimmung zum System“ in der jüngsten Kohorte noch deutlicher (von 42 % zu 31 % zu 28 % zu 23 %).
- 11 Alle in Abbildung 2 dargestellten Odds Ratios sind signifikant ($p \leq 0.05$) mit einer Ausnahme, der Odds Ratio für die Frauen der Kohorte 1939 – 41 unterscheidet sich nicht signifikant von 1.
- 12 Trotz der gewählten Form einen Liniendiagramms sollte nicht vergessen werden, daß die

Analyse der vier Kohorten nur eine partielle Längsschnittbetrachtung gestattet. Da hier aber v. a. Tendaussagen getroffen werden sollen, wurde diese Darstellungsform aufgrund ihrer leichteren Zugänglichkeit für derartige Aussagen dem Säulendiagramm vorgezogen.

- 13 In der 30er Kohorte betrug der Anteil der systemloyalen Angehörigen der Dienstklassen ca. 65 %.
- 14 Die Kausalitätsbeziehung zwischen Karriere und Systemloyalität wird wohl ein offenes Problem bleiben. Selbst wenn man die Systemloyalität mißt, bevor der Zugang in die Dienstklassen erreicht wurde, ist nicht klar, inwieweit die Selektion für eine Dienstklasse-Position erst dadurch erfolgte oder der bereits „sichtbare“ Zugang damit nur besiegelt bzw. beschleunigt wurde. Genauso wie wohl davon auszugehen ist, daß Personen, die erst nach dem realisierten Zugang zu den sozialistischen Dienstklassen Parteimitglied geworden sind oder Funktionen übernommen haben, bereits vorher in irgendeiner Art und Weise loyales Verhalten gezeigt haben bzw. haben müssen.
- 15 Interpretationsbeispiel „Männer der 60er Kohorte“: Für die Söhne aus den Dienstklassen, die im Alter 30 öffentlich Loyalität zum SED-Regime bekundeten, war die Chance, selbst im Alter 30 in eine der Dienstklassen zu gelangen, genauso hoch wie die Chancen, nur eine Position außerhalb dieser zu erreichen (Odds = 1). Im Unterschied dazu hatten die Söhne aus den Dienstklassen, die eine solche Loyalität nicht bekundeten, nur eine ungefähr halb so große Chance (Odds = 0.5), in die Dienstklassen zu gelangen, im Vergleich zu der Chance, eine Position außerhalb einnehmen zu „müssen“.
- 16 Diese Bemerkung bezieht sich auf die bereits erwähnten Verzichtstendenzen seitens der Facharbeiter.
- 17 Vgl. dazu Huinink/Solga 1994; Mayer/Solga 1994.

Literatur

- Ahlberg, René, 1981: Der Mythos der sozialen Gleichheit im Sozialismus. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 31 (11): 963–984.
- Bögenhold, Dieter, 1992: Wandlungen und Beharrungen in der Sozial- und Wirtschaftsstruktur: Die „Petite Bourgeoisie“ vom Restposten zum vermeintlichen Motor der Gesellschaft. In: Michael Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Berlin: Akademie Verlag, S. 259–274.

- Djilas, Milovan, 1957: *The New Class: An Analysis of the Communist System*. New York: Praeger.
- Engler, Wolfgang, 1992: *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Henrich, Rolf, 1989: *Der vormundschaffliche Staat*. Reinbek (b. Hamburg): Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Hübner, Peter, 1993: Die Balance des Ungleichgewichts. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1): 15–28.
- Huinink, Johannes / Karl Ulrich Mayer, 1993: Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft. In: H. Joas / M. Kohli (Hrsg.), *Der Zusammenbruch der DDR*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 151–171.
- Huinink, Johannes / Heike Solga, 1994: Occupational Opportunities in the GDR: A Privilege of the Older Generations. In: *Zeitschrift für Soziologie* 23 (3): 237–253.
- Konrad, George / Ivan Szelenyi, 1991: Intellectuals and Domination in Post-Communist Societies. In: P. Bourdieu / J. S. Coleman (eds.), *Social Theory for a Changing World*. Boulder: Westview Press, S. 327–361.
- Mayer, Karl Ulrich / Heike Solga, 1994: Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpolitik* 46 (2): 193–208.
- Meuschel, Sigrid, 1993: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. In: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1): 5–14.
- Mitzscherling, Peter et al., 1971: *DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt a. M.: Fischer Bücherei.
- Modrow, Hans, 1991: *Aufbruch und Ende*. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Röder, Horst, 1972: *Abschied vom Klassenbegriff? Ein Beitrag zur Analyse der marxistischen Soziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schäfigen, Katrin / Kerstin Bast-Haider / Heike Solga / Heike Trappe, 1993: *Erwerbsmuster im Umbruch. Zur Umstrukturierung der Frauenarbeit in den neuen Bundesländern*. KPSW-Studie 201. Halle: KSPW
- Schneider, Eberhard, 1994: *Die Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura*. Opladen Westdeutscher Verlag.
- Solga, Heike, 1994: *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR* (Dissertation). Berlin: Freie Universität Berlin.
- Solga, Heike, 1993a: Systematik der beruflichen Tätigkeiten und Ausbildungen in der DDR. In: *Arbeitspapiere des Projekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“*, Nr. 2. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Solga, Heike, 1993b: *System Transformation: Evolution or Incorporation? Internal versus External Elite Recruitment in the Former GDR. Beitrag auf dem Ungarischen Soziologentag „Social Transition in East and Central Europe. Continuity and Discontinuity“*, Miscolc vom 7.–11. Juli 1993. (unveröff. Manuskript).
- Sørensen, Annemette / Heike Trappe, 1994: *Life Course Convergence and Gender Inequality in the German Democratic Republic*. In: *Arbeitspapiere des Projekts „Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR“*, Nr. 6. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Szelenyi, Szonja, 1988: *Social Mobility and Class Structure in Hungary and the United States*. (Dissertation). Madison (WI): University of Wisconsin.
- Trappe, Heike, 1994: *Selbständigkeit – Pragmatismus – Unterordnung. Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und staatlicher Sozialpolitik*. (Dissertation). Berlin: Freie Universität Berlin.
- Voslensky, Michael, 1980: *Nomenklatura. Die herrschende Klasse in der Sowjetunion*. Wien/München: Verlag Fritz Molden.
- Wesolowski, Wlodzimierz / Bogdan Mach, 1985: *Die unerfüllten Systemfunktionen sozialer Mobilität in einer sozialistischen Gesellschaft*. In: H. Strasser / Goldthorpe, J. H. (Hrsg.), *Die Analyse sozialer Ungleichheit: Kontinuität, Erneuerung, Innovation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 205–237.
- Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, 1983: Berlin: Dietz Verlag.
- Wright, Erik O., 1980: *Class and Occupation*. In: *Theory and Society* (9): 177–214.